
Eli Lake

Bibi, der Sündenbock

Wie das personifizierende Denken die politische Urteilskraft untergräbt

Als die Hinrichtung von sechs Geiseln Israel und die jüdische Diaspora erschütterte, hätte man annehmen können, dass sich die Wut des jüdischen Volks über die Mörder ergießen würde. Man hätte meinen können, dass der Anführer der freien Welt seine Strategie des endlosen Feilschens mit den Schutzherren der Schlächter überdenken würde. Man hätte glauben können, dass die Presse sich einen Ruck geben und sich endlich auf das Böse jener Unmenschen konzentrieren würde, die die letzten Worte ihrer Gefangenen gefilmt haben, bevor sie einen nach dem anderen erschossen und die Überlebenden zum Zuschauen verdammt.

In einer rationalen Welt wäre das vielleicht so gewesen. Aber die Welt, in der wir leben, hat beschlossen, Bibi die Schuld zu geben. Israels Premierminister mag nicht selbst den Auslöser gedrückt haben, aber in den Augen vieler ist er ein Mittäter. Sie glauben, dass die Verantwortung für den Tod von Hersh Goldberg-Polin, Eden Yerushalmi, Ori Danino, Alex Lobanov, Carmel Gat und Almog Sarusi zum Teil oder sogar ganz bei Benjamin Netanyahu läge.

In Israel schlug die Nachricht von der Ermordung der Geiseln ein wie eine Bombe und zog einen Sturm der Entrüstung nach sich. Die *Histadrut*, die größte Gewerkschaft des Landes, rief zum Generalstreik auf. Zehntausende Israelis strömten wütend auf die Straßen. Schuldzuweisungen überschlugen sich. Letztlich beendete ein israelisches Gericht den Streik, und es kamen weniger Demonstranten als ursprünglich angenommen. Doch der Tenor und der Tonfall der Empörung gegen Bibi war unmissverständlich. »Sie waren noch am Leben«, sagte Yair Lapid, der Vorsitzende der israelischen Opposition am 1. September 2024. »Aber Netanyahu und das Kabinett des Todes haben entschieden, sie nicht zu retten«.

Noch verheerender war die Interpretation des *New York Times*-Kolumnisten Thomas Friedman. Er begann seine Kolumne am 3. September mit den

Worten: »Wenn Präsident Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris noch eine Erinnerung daran brauchen, dass Benjamin Netanyahu nicht ihr Freund ist, nicht Amerikas Freund und, was am beschämendsten ist, nicht der Freund der israelischen Geiseln in Gaza, dann sollte ihnen die Ermordung von sechs israelischen Seelen durch die Hamas, während Netanyahu die Verhandlungen hinauszögerte, dies deutlich machen.«

Kamala Harris' erste Reaktion auf die Erschießungen ist ihr zugutezuhalten. In einer schriftlichen Erklärung rief die demokratische Präsidentschaftskandidatin nicht zu weiteren Verhandlungen auf. Die Gefahr, die von der Hamas ausgeht, »muss beseitigt werden«, sagte sie. »Die Hamas darf im Gazastreifen nicht an der Macht bleiben.«

Die Antwort des amtierenden Präsidenten Joe Biden ließ diese moralische Klarheit vermissen. Als er aus dem Präsidentenhubschrauber stieg, wurde Biden von Reportern gefragt, ob Netanyahu genug für die Befreiung der Geiseln tue. »Nein«, antwortete er.

Vielleicht war es ein weiterer seniler Moment. Vielleicht handelte es sich um einen »Kinsley-Faux-pas«, wenn ein Politiker aus Versehen sagt, was er in Wirklichkeit denkt. Wie auch immer, Bidens »Nein« war erschreckend. An jenem Tag, an dem die Israelis die toten Geiseln beerdigten, deutete der amerikanische Präsident an, dass sie vielleicht noch am Leben wären, wenn Netanyahu am Verhandlungstisch mehr Opfer gebracht hätte.

Man muss es klar und deutlich sagen: Es gab keinen Deal, den Netanyahu überhaupt hätte ablehnen können. Die Hamas ist an den eigentlichen Verhandlungen nicht beteiligt. Die Diplomatie läuft zwischen Amerika, Israel, Ägypten und Katar. Die Katarer vermitteln für die Hamas, aber sie sind keine direkten Stellvertreter. Seit April hat die Hamas mehrmals Angebote für einen Waffenstillstand abgelehnt oder in einigen Fällen auf Forderungen bestanden, die den Deal in letzter Minute platzen ließen – wie beispielsweise die Bedingung, dass die zu Beginn der Waffenruhe eingetauschten Geiseln nicht lebend übergeben werden müssen.

Bidens »Nein« widerspricht auch früheren Erklärungen seiner Regierung. Am 19. August 2024 erklärte Außenminister Antony Blinken gegenüber Journalisten, dass Netanyahu »mir bestätigt hat, dass

Israel den Überbrückungsvorschlag unterstützt« – der Begriff, den die Regierung für eine Art »Deal Sheet« verwendet, das einem formellen Abkommen vorausgehen soll. »Der nächste wichtige Schritt«, so Blinken weiter, »ist, dass die Hamas »ja« sagt.« Dies ist die zentrale Botschaft des Außenministeriums zu den Waffenstillstandsgesprächen seit Beginn des Sommers: Israel verhandelt, die Hamas nicht. Hat jemand den Präsidenten oder Tom Friedman hiervon in Kenntnis gesetzt?

Schließlich ist da noch die Bedeutung der Erschießungen selbst. Netanyahu äußerte sich dazu am 2. September 2024: »Wer Geiseln ermordet, will keine Verhandlung«, sagte er. Dies scheint auf der Hand zu liegen, und dennoch ist bemerkenswert, dass Netanyahu der einzige Politiker ist, der es offen ausspricht.

Die Israelis sind gezwungen, sich dem zentralen Paradoxon des Kriegs zu stellen. Seit dem 7. Oktober verfolgt Israel zwei Ziele: die Rückkehr der Geiseln und die Beseitigung der Hamas als Machthaber im Gazastreifen. Bis Mai 2024 und dem Einmarsch der IDF in Rafah, der letzten Bastion der Hamas, hätte man noch glauben können, dass Israel beides erreichen könnte. Aber der Erfolg der Operation in Rafah hat ein furchtbares Dilemma aufgeworfen. Die Tunnel zwischen Rafah und Ägypten waren eine Lebensader für die Geiselnnehmer. Jeder Deal für die Geiseln würde bedeuten, dass der strategisch wichtige Philadelphikorridor, der den Gazastreifen von Ägypten trennt, aufgegeben werden müsste. Das heißt, dass Israel entweder die Geiseln zurückerhalten oder die Zerstörung der Hamas sicherstellen kann – aber es ist so gut wie ausgeschlossen, dass es zu beidem kommt.

Diese Frage – Geiseln oder Philadelphi – wurde in Israel Ende August 2024 nach einer Sitzung des Sicherheitskabinetts zur öffentlichen Krise. Israelischen Presseberichten zufolge ließ Netanyahu seine Minister überraschend darüber abstimmen, ob Israel eine Verhandlungsposition einnehmen sollte, die zu einer Aufgabe des Korridors führen würde. Während das Kabinett mit acht zu eins Stimmen dagegen votierte, vertraten Verteidigungsminister Yoav Gallant und die höchsten Generäle der IDF die Ansicht, dass Israel anbieten sollte, den Korridor zu

verlassen, wenn man dafür einige der Geiseln zurückerhalten würde.

Gallants Argument war, dass die IDF den Philadelphikorridor jederzeit zurückerobern könnten, wenn sie denn wollten. Und das ist aus rein militärischer Sicht wahrscheinlich richtig. Aber Israels strategische Herausforderung besteht nicht darin, dass es nicht über die militärischen Fähigkeiten verfügt, sich in Gaza durchzusetzen. Es ist vielmehr so, dass die internationale Gemeinschaft und Israels wichtigster Verbündeter, die USA, eine wirklich robuste Sicherheitsstrategie nicht dulden würden. Ganz so, wie Menachem Begin einmal sagte: »Es gibt keine Garantie für eine Garantie«. Welche Garantie hat Israel also, dass es, wenn es sich zu einem späteren Zeitpunkt für eine Rückkehr in den Philadelphikorridor entscheiden sollte, nicht mit internationalen Sanktionen belegt wird? Die Frage sollte jeden beunruhigen, der die Sicherheit Israels ernst nimmt.

In den Augen seiner Gegner in Israel und Washington ist Netanyahus Beharren auf der israelischen Kontrolle des Philadelphikorridors jedoch nichts anderes als ein simpler Trick. Er wird einen Krieg, der ihn an der Macht hält, nicht beenden. Wie Friedman in seiner Kolumne vom 3. September schrieb, verfolge Netanyahu nur ein einziges Interesse: »sein eigenes unmittelbares politisches Überleben, auch wenn es das Überleben Israels untergräbt«.

Die jüngste Geschichte lehrt geradezu das Gegenteil. Die erste Lektion ist, dass der Verzicht auf Land keinen Frieden bringt – ganz im Gegensatz zu dem vielzitierten Slogan des Oslo-Prozesses. Vielmehr haben Israels Rückzüge aus dem Südlibanon im Jahr 2000 und aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 seinen Gegnern ermöglicht, militärische Angriffe von Gebieten aus zu starten, die Israel einst kontrolliert und dann unilateral aufgegeben hat.

Die zweite Lektion betrifft die Verhandlungen über die Geiseln selbst. Im Jahr 2011 stimmte Netanyahu der Freilassung von 1027 Häftlingen zu (von denen 280 zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt waren, weil sie Anschläge auf israelische Zivilisten geplant hatten), im Austausch für den entführten Soldaten Gilad Shalit. Dieser Deal hatte zur Folge, dass die Führung der Hamas ihre ausgedünnten Reihen wieder füllen konnte. Einer der freigelassenen Gefangenen war Yahya Sinwar, der Drahtzieher des 7. Oktober und der-

zeitige Führer der Hamas.¹ Damals entdeckte Sinwar die Achillesferse der Israelis.

Es ist ein grauenvolles und unlösbares Dilemma. Die jüdische Tradition verlangt, dass ein Jude alles in seiner Macht Stehende tun muss, um eine jüdische Geisel zu befreien. Die Zahlung von Lösegeld ist in diesem Zusammenhang nicht nur zulässig, sondern unter bestimmten Umständen sogar vorgeschrieben. Und der jüdische Staat hat sich weitgehend an diese alte Praxis gehalten. Doch daraus ist ein neues Problem erwachsen. Das Gebot, die Entführten zu retten, ist für Israels Feinde zum Anreiz geworden, weitere Geiseln zu nehmen.

Deshalb waren so viele Israelis überglücklich, als die IDF im Juni 2024 vier Geiseln, die im Zentrum des Gazastreifens festgehalten wurden, und im August eine weitere Geisel retteten. Es wäre beruhigend, wenn man glauben könnte, dass diese waghalsigen Missionen eine Alternative zu der schrecklichen Wahl darstellen würden, die Geiseln entweder in der Hölle zu belassen oder aber einen Pakt mit den Dämonen eingehen zu müssen, die sie dorthin verschleppt haben. Gleichzeitig sind diese brillanten Einsätze auch nicht immer von Erfolg gekrönt. So im Fall der Mission zur Rettung der sechs Ermordeten. Man kann sich nicht darauf verlassen, dass die Einsätze das Paradoxon lösen werden. Sie können auf Dauer kein Ersatz für die schwierigen Entscheidungen sein, die der Premierminister und seine Regierung treffen müssen.

Genau das tut Netanyahu. Der Premierminister ist nicht gegen Geiseldeals. Er hat den Deal für Shalit abgeschlossen, und er hat die Verhandlungen geführt, die in den ersten Wochen des Kriegs zur Freilassung einiger Geiseln geführt haben. Was er ablehnt, ist ein Abkommen, das die Sicherheit Israels gegen die Freiheit der Geiseln eintauscht. Und ein Deal, der es der Hamas ermöglicht, sich zu regenerieren, würde genau das tun.

Es lohnt sich, die Frage zurückzugeben. Welchen Deal würden diejenigen, die in Bibi den Schuldigen sehen, für die Rückkehr der Geiseln akzeptieren? Die Antwort hängt davon ab, wen man fragt. Für Friedman und damit auch für die hochrangigen

Beamten der Biden-Administration, die häufig in seiner Kolumne vorkommen, ist ein Waffenstillstand im Gazastreifen nur ein Teil in einem größeren diplomatischen Puzzle. Die IDF brauchen ihnen zufolge im Philadelphikorridor nicht zu patrouillieren, denn nach einem Waffenstillstand würden dies marokkanische, emiratische und ägyptische Truppen übernehmen. Die Hamas wird eines Tages verschwinden, weil Israel mit ihren Rivalen in der Palästinensischen Autonomiebehörde eine Zweistaatenlösung aushandelt. Und Saudi-Arabien wird Israel diplomatisch anerkennen und eine regionale Allianz schmieden, um den Iran und seine Stellvertreter zurückzuschlagen. Danach werden sich die Schwerter der Region in Pflugscharen verwandeln und der Löwe wird sich zum Lamm niederlegen.

Das Problem mit dem, was Friedman die »Biden-Doktrin« nennt, ist nicht nur, dass es eine Wunschvorstellung ist. Sie zeugt vom Unvermögen, Machiavellis Diktum zu verstehen: »[D]er Pöbel hält es stets mit dem Schein und dem Ausgang einer Sache; und die Welt ist voller Pöbel.« Anders gesagt: Wenn der Eindruck entsteht, dass Israel gegen die Hamas verloren hat, wird kein noch so gutes Friedensangebot die Saudis, die Ägypter, die Emiratis oder die Marokkaner davon überzeugen, sich mit dem Verlierer des Kriegs zu verbünden. Eine Kapitulation bringt keine Sicherheit, sondern führt zu Verachtung durch Freunde und Feinde gleichermaßen.

Für die Israelis scheint die Aussicht auf ein Geiselabkommen ohne vollständigen Sieg über die Hamas humaner zu sein. Die meisten Israelis lassen sich zwar nicht von den Wunschvorstellungen der Washingtoner Experten täuschen, aber sie sind erschöpft. Es ist nicht nur die Tatsache, dass die IDF seit fast einem Jahr einen Kampf von Haus zu Haus und von Tunnel zu Tunnel führen. Es ist der psychologische Horror, zu wissen, dass Freunde, Nachbarn, Söhne, Töchter und Ehepartner in dem Labyrinth unter dem Gazastreifen gefangen gehalten und gequält werden. Etwa 100 000 Israelis leben immer noch in Hotels, weil der Staat sie nicht vor den Fanatikern im Norden schützen kann, die vom Libanon aus Raketen und andere Geschosse abfeuern. Ein Ende des Kriegs und die Freilassung auch nur einiger Geiseln würden die lang ersehnte Erleichterung verschaffen, ungeachtet der langfristigen Konsequenzen.

1 [Anm. d. Übers.: Der Artikel wurde vor der Eliminierung Sinwars durch die IDF am 16. Oktober 2024 verfasst.]

Lapid und andere in der israelischen Opposition machen sich diese Erschöpfung auf zynische Weise zunutze. Und sie spielen mit den schwelenden Ressentiments aus der Zeit vor dem 7. Oktober, als Israelis massenhaft gegen die vorgeschlagene Justizreform auf die Straße gingen und teilweise auch Gebäude besetzten.

Diejenigen von uns in der Diaspora, die die Auswirkungen des Gazakriegs nicht so heftig zu spüren bekommen, sollten allerdings in der Lage sein, diese Masche zu durchschauen. Ein Abkommen, das der Hamas ihre Lebensader zurückgibt, wird den nächsten 7. Oktober möglich machen. Und auch wenn Juden, die sich für ein Leben in der Diaspora entschieden haben, nicht die gleiche Last tragen müssen wie unsere Verwandten in Israel, so haben wir doch ein Interesse am Überleben und der Sicherheit Israels. Der jüdische Staat ist unser sicherer Hafen. Seine Gefährdung ist unsere Gefährdung. Und in diesem seltenen Moment haben Juden, die weit weg vom Ort des Geschehens sind, die Pflicht, das Gesamtbild zu sehen.

All dies bedeutet nicht, dass Netanyahu unschuldig ist. Er war der Premierminister während der Vorbereitungen auf den 7. Oktober. Wenn es stimmt, dass es umfassende Informationen darüber gab, dass dieses Massaker bevorstand, dann sollte er bei den nächsten Wahlen den Preis dafür zahlen, weil er die Hinweise nicht ernst genommen hat.

Gleichzeitig tut man den Geiselnemern einen Gefallen, wenn man Bibi für den Tod der sechs Geiseln verantwortlich macht. Sinwar dürfte erfreut sein, dass so viele Israelis und Juden dem Premierminister die Schuld geben. Der Hamasführer, der nicht einmal an den Verhandlungen teilnimmt, nimmt in diesem Spiel eine wichtige Rolle ein. Und zumindest zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen Anfang September 2024 scheint die einzige Person, die bereit ist, diesem Monster den Sieg zu verweigern, der Mann zu sein, den so viele für die Verbrechen des Monsters verantwortlich machen.

Aus dem Englischen übersetzt von Marlene Gallner. Der Beitrag erschien zuerst im Oktober 2024 in der Monatszeitschrift *Commentary*. Die Redaktion dankt dem Autor und dem *Commentary Magazine* für die Genehmigung der Übersetzung und des Abdrucks.

Deborah Benjamin Kaufmann/
Gerhard Scheit

»Ich fürchte, das kann ich in Europa nicht erklären«

Ein Briefwechsel zwischen Tel Aviv und Wien
im Februar 2025

Wien, 31. Januar 2025

Liebe Deborah,
ich hoffe sehr, Du bist gut angekommen in Tel Aviv? Natürlich möchte ich gleich nach den ersten Eindrücken fragen, und eben das vor dem Hintergrund Deines Berichts unmittelbar nach dem 7. Oktober, der damals im *Wiener Kurier* erschienen ist und woraus ich als Motto meines Artikels in der *sans phrase* (23/2024) ausführlich zitiert habe.

Heute in der Früh im Fernsehen die Übergabe weiterer Geiseln ans Rote Kreuz, Raschel Blufarb berichtet auf ntv vom Platz der Geiseln in Tel Aviv, mir kam vor, es herrscht Erleichterung und Bedrückung in einem. Vorgestern bei der Übergabe von Arbel Yehud hat man plötzlich gesehen, dass ein pogromistischer Mob in Gaza von Hamas und Islamischem Djihaad selbst (die sonst die Überlebenden offenkundig wie Sieger eines Wettkampfs inszenieren wollen) abgehalten werden muss, sich wieder auf die Geisel zu stürzen.

Herzliche Grüße
Gerhard

Tel Aviv, 3. Februar 2025

Lieber Gerhard,
eines vorweg – was ich schreiben kann, schreibe ich als Beobachterin. Dafür, dass ich nicht in Tel Aviv lebe, kenne ich die Stadt gut und habe viele Freundinnen hier. Tel Aviv ist die Stadt, in der meine Mutter geboren wurde, und die Stadt, in der ich Urlaub vom Antisemitismus Europas mache – dringender Kurzaufenthalt gerade was das betrifft! –, aber Tel Aviv ist nicht mein Lebensmittelpunkt. Ich spreche nicht für die Menschen hier und schon gar nicht erteile ich ihnen Ratschläge. Ich komme hierher, um zuzuhören, und ich kann Dir von dem berichten, was mir zufällig erzählt wurde.